

Mittwoch, 13. Juli 2022 Göttingen

## Kräftemessen um ehemalige JVA in Göttingen

**Kommt nun die Trafo Hub GmbH zum Zug? /  
Verwaltungsausschuss setzt sich über Empfehlung des Bauaus-  
schusses hinweg**

Von Elena Everding und Michael Brakemeier



Die ehemalige JVA zwischen Waageplatz, Obere Masch und am Platz der Synagoge. Das Gebäude steht seit vielen Jahren leer. Foto: Christina Hinzmann

Göttingen. Der nicht-öffentlich tagende Verwaltungsausschuss des Rates hat entschieden: Die Stadtverwaltung wird mit der Trafo Hub GmbH aus Braunschweig weiterhin über einen Verkauf des städtischen Gebäudes und die Trafo-Hub-Pläne für die JVA verhandeln – und zwar ausschließlich mit ihr. Durch diesen Beschluss ist die Initiative Soziales Zentrum aus dem Rennen um die zentrale Immobilie am Waageplatz. Sie wollte in dem denkmalgeschützten Gebäude als Mieterin unter anderem ein Gesundheitszentrum und eine Begegnungs-

stätte im Quartier einrichten. Die Trafo Hub GmbH plant Co-Working-Spaces, Platz für Start-ups und Wohnungen.

Mit seinem Entschluss hat der Verwaltungsausschuss den von den Grünen im Bauausschuss am Donnerstag beantragten und mehrheitlich von dem Gremium empfohlenen Beratungsbedarf wieder kassiert. Denn anders als im Bauausschuss, in dem die Oppositionsparteien die Stimmenmehrheit haben, haben im entscheidenden Verwaltungsausschuss die Bündnisparteien aus SPD, CDU und FDP die Oberhand. Oberbürgermeisterin Petra Broistedt (SPD) informierte die Öffentlichkeit in der Ratssitzung über die Entscheidung des Verwaltungsausschusses. Allerdings erst als Almut Schilling, Sprecherin der Initiative „Soziales Zentrum Göttingen“, in der Bürgerfragestunde danach fragte.

### **Investor könnte sich zurückziehen**

Eine Bestandsanalyse kostete die Trafo Hub GmbH Geld, eine sechsstellige Summe, begründete Broistedt die Entscheidung. Daher benötige der Investor eine gewisse Sicherheit. Würde die Stadt zeitlich mit anderen Interessenten verhandeln, würde sich Trafo Hub zurückziehen, so die Befürchtung. „Das bedeutet nicht, dass die JVA verkauft wird“, stellte Broistedt klar. Die Verhandlung über die „Weiterveräußerung der ehemaligen JVA“ mit der Trafo Hub GmbH war allerdings bislang zentraler Punkt der beschlossenen Verwaltungsvorlage. Gegenstand der Verhandlungen sollen die künftige Nutzung, der Denkmalschutz, die Finanzierung, der Zeitplan und Verträge eines möglichen Verkaufs an die Trafo Hub GmbH sein. Dabei solle auch ein Rückkaufsrecht für die Stadt eingeräumt werden, hieß es am Montag aus der Verwaltungsspitze. Broistedt hatte zudem betont, dass die Stadt weder die personellen noch die zeitlichen Ressourcen hat, die ehemalige JVA selbst zu sanieren.

Broistedt verwies am Montag zudem darauf, dass die Verwaltung von der Politik beauftragt worden sei, mit dem Sozialen Zentrum in Kontakt zu treten, um gemeinsam über mögliche, alternative Immobilien zu beraten. Dazu hatte die CDU bereits im Bauausschuss den Vorschlag unterbreitet, dass das Soziale Zentrum in das derzeit von der Heilsarmee genutzte, stark renovierungsbedürftige Gebäude ziehen und für die Heilsarmee ein neues Quartier gesucht werden könnte. Vor der Unterbreitung dieses Vorschlags hatten aber weder Verwal-

tung noch Politik mit Heilsarmee und Sozialem Zentrum gesprochen. Dementsprechend überrascht gaben sich die Vertreterinnen beider Institutionen.

Während der Ratssitzung quittierten Vertreter des Sozialen Zentrums, die zahlreich erschienen waren, Broistedts Ausführungen mit „Pfui“-Rufen. Schilling kritisierte eine mangelnde Bürgerbeteiligung und ein intransparentes Vorgehen der Politik. „Wo bleibt das Vertrauen in die demokratischen Organe?“, fragte sie. Cyrille Franke vom Forum Waageplatz-Viertel kritisierte eine fehlende Bürgerbeteiligung, nannte die Situation „vergiftet“. Der Entscheidungsfindungsprozess sei nicht legitim, so ihr Vorwurf. Auch die Opposition hielt sich mit Kritik an dem Vorgehen nicht zurück: Till Jonas Hampe (Partei-Volt-Ratsgruppe) warf der Verwaltung vor, sich „unterwürfig der Wirtschaft gegenüber zu verhalten“. Jost Leßmann (GöLinke) kritisierte, dass Broistedt die JVA-Pläne zuerst der Presse eröffnet und nicht den Fachausschuss abgewartet habe. Seine Fraktion sei „empört“. „Hier wurden vollendete Tatsachen geschaffen“, sagte Linken-Fraktionschef Edgar Schu. In einer Mitteilung vom Dienstag bekräftigte die Linke ihre Kritik. Die Verwaltung habe sich erpressbar gemacht und die Verhandlungsmacht abgegeben. Eine Chancengleichheit von Trafo Hub und Sozialem Zentrum habe es nicht gegeben.

Tom Wedrins (SPD) entgegnete, dass es sich sehr wohl um eine demokratisch gewählte Entscheidung handele, er warb für eine „ernsthafte Debatte“. „Alle Ratsmitglieder hatten die Gelegenheit, sich mit den Konzepten für die JVA zu beschäftigen“, sagte Insa Wiethaup, ebenfalls SPD. Cornelius Hantscher (Grüne) forderte, man möge in den Argumenten „ein wenig abrüsten“. Es sei eine sehr schwierige Entscheidung gewesen. Nichts sei hinter verschlossenen Türen gelaufen, so Ehsan Kangarani (CDU): „Es ist alles gesagt worden.“

Mehrmals kam am Montag die Frage auf, ob die JVA laut einer Voruntersuchung, die der Rat damals beauftragt hatte, explizit für soziale Zwecke genutzt werden sollte. Broistedt sagte, dass lediglich das Ziel der gesamten Sanierung den sozialen Zusammenhalt im Viertel fördern sollte, der Zweck der JVA aber nicht dezidiert als sozial definiert worden sei. Außerdem sei solch eine Voruntersuchung nicht rechtlich bindend.

Für Empörungen sorgte die Erklärung Broistedts für die fehlende Bür-

gerbeteiligung bei den Bauprojekten in der nördlichen Innenstadt: die Corona-Pandemie. Sie kündigte an, diese ab dem Herbst nachzuholen. Schilling bemängelte darüber hinaus, dass das Soziale Zentrum keine Gelegenheit gehabt habe, sein Konzept für die JVA vorzustellen. Broistedt entgegnete, dass sehr wohl eine Einladung an die Initiative gemailt worden sei, auf die man aber keine Rückmeldung erhalten habe. „Bei uns ist keine Mail angekommen“, sagte Schilling.

### **Göttinger Grüne haben viele Fragen**

Die Grünen bekräftigten ihre Kritik an der JVA-Entscheidung am Dienstag: „Dass ein städtisches Gebäude in guter Lage an einen Privatinvestor verkauft wird, ist nur einer der Fehler an dieser Entscheidung“, kritisierte Julian Schlumberger, Ratsvorsitzender und Mitglied im Bauausschuss. Das Haushaltsbündnis aus SPD, CDU und FDP ignoriere mit der Oberbürgermeisterin die Empfehlung des Bauausschusses und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Der CDU-Vorschlag zum Sozialen Zentrum und zur Heilsarmee lasse zu viele Fragen offen, so Schlumberger. „Wo kommt die Heilsarmee unter? Wie hoch ist der Sanierungsaufwand, damit das Gebäude überhaupt für ein Soziales Zentrum nutzbar wäre?“, fragt er. Schlumbergers Fazit: „Diese Entscheidung des Mehrheitsbündnisses unter Ausschluss der Öffentlichkeit gegen den Willen von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern und ohne die Durchführung einer notwendigen Machbarkeitsstudie halten wir für ein fatales Zeichen.“

Die Initiative Soziales Zentrum sieht in einem Verkauf des JVA-Gebäudes einen „skandalösen Gentrifizierungsschritt“. Sie kündigte am Dienstag an, gegen diese „Gentrifizierungspläne der Stadt“ zu kämpfen und sich weiter für ein Soziales Zentrum in der JVA einzusetzen.

Es ist alles gesagt worden.

Ehsan Kangarani, CDU-Ratsmitglied und Vorsitzender des Bauausschusses